

Offene Liste im Rat der Stadt Essen

Die Linke.PDS-Gruppe im Rat, An St. Marien 1, 45141 Essen

Essen, 15. März 2006

An die
Fraktion der Linkspartei.PDS im Rat der Stadt Dresden

Zur Kenntnis an: Landesvorstand, Landtagsfraktion, Parteivorstand, AG Wohnungspolitik

Empörung über Dresdener Wohnungsdeal

Liebe Genossinnen und Genossen,

mit großer Empörung haben wir zur Kenntnis genommen, dass Eure Fraktion dem Verkauf der 48.000 städtischen Wohnungen in Dresden mehrheitlich zugestimmt hat. Auch wenn Ihr Bedingungen zur Belegung eines Teils der Wohnungen, zur Sicherung der Mieter über die gesetzlichen Regelungen hinaus ausgehandelt habt, habt ihr damit ein wohnungspolitisches und stadtplanerisches Steuerungsinstrument aus der Hand gegeben. Das hat bundesweit hohe Wellen geschlagen und auch bei uns viele kritische Reaktionen hervorgerufen.

Was Ihr vielleicht noch gar nicht mitgekriegt habt: In der politischen Öffentlichkeit und in den Medien zumindest hier in NRW hat der Verkauf zu einer Diskussion über die Gelder zur Unterstützung der Kommunen in den neuen Bundesländern geführt (siehe Anlagen). Die städtischen Wohnungsbestände in Dresden sind mit öffentlichen Mitteln saniert worden, die auch von den Kommunen in den alten Bundesländern aufgebracht wurden. Die Stadt Essen, die auch mit 2,3 Mrd. Euro verschuldet ist, hat in den letzten Jahren rund 300 Mio. Euro aufgebracht.

Wenn die mit öffentlichen Mitteln sanierten Wohnungen jetzt verkauft wurden, so kann man das durchaus als Zweckentfremdung sehen. Die Zuschüsse wurden nicht gezahlt, um öffentliches Eigentum profitabel an private Wohnungsunternehmen zu verhöckern, sondern um die Infrastruktur der Länder und Kommunen instand zu setzen bzw. intakt zu halten. Was sollen wir der Forderung nach Abschaffung der Förderung oder gar Rückzahlung von Fördergeldern entgegen setzen?

Der US-Investor Fortress gilt im übrigen als hochspekulatives Unternehmen. Er hat erst vor kurzem die Essener Wohnungsbaugesellschaft Gagfah geschluckt, die zuvor im Besitz der Rentenkasse BfA war. Dass ein solches Unternehmen große Wohnungsbestände kauft, zeigt, dass es sich hier in den nächsten Jahren ein profitables Geschäft verspricht.

Wir haben in Essen vor Jahren dazu beigetragen, dass eine Privatisierung der städtischen Wohnungsbaugesellschaft Allbau AG verhindert wurde. Die CDU hat zwar vor kurzem einen erneuten Vorstoß in dieser Richtung gemacht. Es wurde jedoch sofort deutlich, dass es nach wie vor keine Mehrheiten dafür gibt. Mit Eurer Zustimmung zum Verkauf in Dresden fällt Ihr jahrelangen Bemühungen von uns und vielen anderen in der Linkspartei. in den Rücken.

Mit freundlichen Grüßen



Gabriele Giesecke (Sprecherin der Ratsgruppe)